

# Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Beigabed 1926

Preis pro Jahr 20

Verantwortliche Leitung im  
Oberamtsbezirk. —  
Tageszeitung Nagold  
bestimmter Erfolg.

Es wird keine Gewähr für  
den Inhalt gegeben, doch  
wird Bestreben in bestmöglicher  
Weise an den Tag zu  
bringen. In Fällen von  
Unklarheit oder Irrtum  
wird die Redaktion nicht  
verantwortlich gemacht.  
Telefon-Nagold 1111

Telefon-Nagold  
1111  
Postfach-Nagold  
1111  
Stuttgart 5111

Nr. 123

Montag den 31. Mai 1926

94. Jahrgang

## Dr. Wiemer über seinen Austritt aus der demokratischen Partei.

Wir geben hiermit unseren Lesern einen Auszug aus der Berliner Rede des ehemaligen demokratischen Führers Dr. Wiemer, die weit über Parteigrenzen und Parteipolitik hinaus ein treffliches Bild der gegenwärtigen Lage zeichnet.

Mein Entschluß zum Dableiben ist zur Reife gelangt durch die Stellungnahme der Deutschen Demokratischen Partei zum Generalfreistreit. Schon vorher ist Stoff genug zur Unzufriedenheit und Mißstimmung vorhanden gewesen: Die einstimmige Zustimmung des Parteiausschusses nach dem Parteitag der höchsten Instanz, zu dem von der Parteileitung promovierte Generalfreistreit hat uns gezwungen, den Trennungspunkt zu ziehen. Man sagt uns, ohne Generalfreistreit war der Rapp-Putsch nicht zu bezwingen. Aber ich habe doch genügend Zweifel, ob der Generalfreistreit überhaupt nötig war, um den Rapp-Putsch zu bezwingen. Soweit ich unterrichtet bin, waren die Verhandlungen, die in Berlin geführt wurden, von Erfolg begleitet. Aber nehmen wir an, der Generalfreistreit sei nötig gewesen; nicht nötig aber war es jedenfalls, daß die demokratische Partei ihn promovierte. Hätte sie geschwiegen, wäre es genau so gekommen, wie es gekommen ist und Tausenden ihrer Anhänger wäre ein schwerer Gemütskurst erpart geblieben. Jetzt muß sie sich sagen lassen in einer Parteimitglieder-Versammlung des deutschen Arbeiterbundes, sie habe am gefährlichsten zum Generalfreistreit gehezt, aber sich am lässigsten für die Verhütung der Straftat eingesetzt. Vom Standpunkte der Arbeiter verhalte ich es, wenn sie zur Waffe des Generalfreistreits greifen, obwohl sie auch für die Arbeiter stets eine zweifelhafte Waffe ist. Vom Standpunkte einer bürgerlichen Partei verhalte ich es nicht. Der Generalfreistreit ist Obstruktion im großen, im Kleinsten gefordert und er muß führen und hat bereits geführt zu den schwersten Erschütterungen des Staats- und Wirtschaftslebens. Er muß letzten Endes die Vernichtung des ganzen Kulturlebens herbeiführen. Es ist leicht zum Generalfreistreit zu rufen, schwer aber die erregten Massen wieder zur Ruhe zu bringen. Nach Beendigung des Rapp-Putsches ist der Generalfreistreit gegen den Willen der demokratischen Partei fortgesetzt worden. Er konnte nur beendet werden durch Zwangsmaßnahmen an die Arbeiterorganisationen, die auf die Errichtung einer verfassungsmäßigen Nebenregierung hinauszielten.

Aber schließlich, der Generalfreistreit hat nur als Scheinwaffe gewirkt, die die ganze politische Entwicklung der letzten Zeit gleich behandelt, eine Entwicklung, für die weite Kreise unseres Volkes noch nicht volles Verständnis haben. Der bürgerliche Bauernführer, Dr. Heim, hat diese Entwicklung mit dem Worte gekennzeichnet: Deutschland ist das Opfer des sozialdemokratischen Erntertrug-Programms. In diesem Wort liegt Wahrheit, die wir erkennen müssen, wenn wir wir Besserung wollen. Die Quelle der Mißstände, unter denen wir leben, all der unerfreulichen Erscheinungen, unter denen wir leiden, der schweren Gefahren, die uns bedrohen, liegt in dem Verzicht der sozialdemokratischen Partei, das zu verwirklichen, was sie in ihrem Programm den Massen versprochen hat, was aber nach der Natur der Menschen und unter dem Zwange der einmal gegebenen Verhältnisse nicht verwirklicht werden kann, ohne daß die Grundlagen des Staats- und Wirtschaftslebens auf das schwerste erschüttert werden. Auch ich will nicht den Gegenstand zu den Arbeitern stellen, die nicht erweitern, die heute besteht. Ich bin immer eingetreten für soziale Reform, für die volle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und für volle Gleichberechtigung der politischen Parteien, die sie vertreten. Ich mache auch den Arbeitern keinen Vorwurf; sie sind in jahrzehntelangen Kämpfen zum Kampfbegriffen erzogen worden, sie glaubten bisher an die Heiligkeit des Erntertrug-Programms. Die Führer haben ja meist längst eingesehen, daß die Theorien des Programms Schiffbruch leiden müssen an der rauhen Wirklichkeit, aber die Massen, die die Revolution als ihr Werk ansehen, wollen die Früchte der Revolution ernten. Sie fordern die schmerzhafteste Verwirklichung der versprochenen Sozialisierung, der Verstaatlichung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Aber dem Bürgerum ist der Vorwurf zu machen, daß es nicht klar und entschlossen genug den unerfüllbaren Forderungen der Sozialdemokratie entgegengetreten hat, daß weite Kreise, insbesondere der demokratischen Partei, geglaubt haben, durch fortgesetzte Nachgiebigkeit die Gefahren der Zeit beschwören zu können, daß sie nicht energisch genug für die Rechte und Lebensinteressen auch der anderen Volksschichten und Erwerbskreise eingetreten sind. Ich darf an Eugen Richter erinnern. Er hat Recht behalten in der rückhaltlosen Kritik der sozialdemokratischen Forderungen und der weit vorausschauenden Beurteilung ihrer Wirkungen auf die Staats- und Wirtschaftsordnung. Wer heute die sozialdemokratischen Zukunftsbilder liest, ist immer wieder erstaunt über die Weisheit und Überlegenheit, mit der vor 30 Jahren eine Entwicklung

vorausgesehen worden ist, in der wir heute nach dem Siege der Sozialdemokratie stehen. In einer Reichstagsdebatte läßt Richter nach der Umwälzung eines späteren Abgeordneten für Fragen die Zustände schildern, die sich aus der Verwirklichung der sozialdemokratischen Lehren ergeben haben: die Umgestaltung der Produktion und Konsumtion, das Mißverhältnis, die Vernichtung der Arbeitslust, die Schwächung des Unternehmungsgewisses, die Beschränkung der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit, den Rückgang der Volksbildung, die Verlotterung der Jugend und er schließt mit folgenden Ausspruch:

„Ob auf dem jetzt beschrittenen Wege zum Untergange unseres Volkes noch ein Aufenthalt möglich ist, ich weiß es nicht. Viele Milliarden an Werten hat die Umwälzung schon zerstört. Milliarden müssen weiter geopfert werden, um die jetzige Desorganisation zu beseitigen. Während wir im alten Europa derart dem Untergange entgegenziehen, erhebt sich jenseits des Meeres immer mächtiger und mächtiger ein Gemeinwesen, das auf dem Privateigentum und der freien Konkurrenz beruht, und dessen Bürger sich niemals ernsthaft von den Forderungen der Sozialdemokratie haben bestritten lassen. Jeder Tag der Verjährung in der Verletzung unseres Vaterlandes von dieser unseligen Verirrung der Geister führt uns dem Abgrund näher.“ (Hört! Hört!)

Noch sind wir nicht im sozialdemokratischen Zukunftsstaat, aber die Schritte haben wir beschritten. Noch herrscht keine reine sozialdemokratische Mehrheit, es herrscht eine Koalition von Parteien unter Führung der Sozialdemokratie; aber schwer genug fühlen wir die Folgen des ersten Versuchs, die sozialdemokratischen Lehren in der Praxis durchzuführen. (Lebhafteste Zustimmung.) Die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen sind zerstückelt. In den Zukunftsbildern spricht Richter von einem Jahresdefizit von 12 Milliarden, das die Bankrottzerlegung der Sozialdemokratie bedeute. Heute erklärt der Reichsfinanzminister Wirth: Wir haben im ordentlichen Etat einen Fehlbetrag von fünf Milliarden, im außerordentlichen einen Fehlbetrag von 12 Milliarden, dazu die Fehlbeträge der Reichspost mit 1 Milliarde trotz der enormen Erhöhung der Gebühren, trotz der unglaublichen Zwangsschneidung der Fernsprechnetze, die die Nationalversammlung nach vorläufiger Zustimmung in beschleunigtem Zustand angenommen hat. (Hört! Hört!) Herr Wirth sagt: Täglich erlobe ich neue Enttäuschungen, die alle Berechnungen über den Schaden machen. (Hört! Hört!) Täglich kommen neue Fehlbeträge, die in die Milliarden gehen. Die deutschen Schulden betragen annähernd 200 Milliarden Mark. (Hört! Hört!)

Was ist die Rekrise? Die Steuerkränkung muß immer von neuem angegangen werden, die Steuererhebung hat die Technik des Wegrenzens bis zur Verunsicherung erweitert (Heiterkeit), aber Schritt gehalten hat damit auch die Technik des Nichtwegrenzens. Die Steuerreform ist auf das Schlimmste erschüttert worden (Zustimmung) und ich würde mich nicht wundern, wenn sich nächsten ein Schuppenstein von Nichtsteuerzahlern bildet, der dem Schöpfer dieser Steuererhebung die Ehrenmitgliedschaft anträgt. (Heiterkeit.) Gewiß Opfer müssen gebracht werden, sollen gebracht werden von allen Schichten, besonders von den besitzenden und wohlhabenden Kreisen, aber die Steuererhebung muß darauf halten, daß die Möglichkeit der Produktion, die Schaffung neuer Werte gesichert bleibt. (Zustimmung.) Wie sieht es in den Gemeinden aus? Auch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ist schwer gefährdet. Die Stadt Berlin hat gewiß eine große finanzielle Kraft, hat starke Reserven, aber auch die letzten Reserven müssen sich erschöpfen, wenn sie dem in Anspruch genommen werden, wie es jetzt geschieht. Allein die letzte Lohnverhöhung für Arbeiter und Bürohilfskräfte erfordert 115 Millionen M. und mehr. (Hört! Hört!) Die Arbeiter und Bürohilfskräfte sind damit noch nicht zufriedengestellt, dazu die bevorstehende Erhöhung der Beamtengehälter. In seiner Vorlage hat sich der Reichstag genötigt gesehen, mit aller Bestimmtheit auszusprechen, daß die Grenzen der Ertragsfähigkeit in der Belastung erreicht sind, und daß, um zu einer Gesundung der Volkswirtschaft zu gelangen, das unerbillige Gebot der Zukunft ist: Erhöhte Arbeitsleistung und Gütervermehrung ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens durch Streiks auf der einen Seite und auf der anderen Seite eine noch größere Einschränkung des Einzelnen in der Lebenshaltung, als sie jetzt schon geboten ist. Die Vertreter der Reichsliste Groß-Berlins haben sich darin geeinigt, daß wesentliche Einschränkungen eintreten müssen, Einschränkung der Park- und Gartenverwaltung, der Straßenreinigung, des Hoch- und Fortbildungsschulwesens, Erparnisse von Arbeitskräften, Erhöhung der Pflichtstundenzahl aller Lehrpersonen u. a. m. (Hört! Hört!) Diese Entwicklung ist im höchsten Maße bedauerlich. Die Gemeinden werden gezwungen, gerade diejenigen Leistungen einzuschränken, auf die

sie bisher mit Recht stolz waren, die Ausgaben für Kulturzwecke. In welchem Tempo geht es bergab von der stolzen Höhe, die unter der Herrschaft der Liberalen in den Gemeinden gerade auf dem Gebiete der Kultur erreicht war. (Lebhafteste Zustimmung.) Jetzt kommen neue Verkehrsveränderungen, Verkehrserschwerungen, die Fahrpreise werden erhöht, aber verschiedene Renten und Gehälter werden eingezogen, der Unterricht wird immer weiter verengt. Die Lehrerschaft hat völlig recht, wenn sie sich über diese Ertraglosigkeit der Revolution auf das Bitterste beklagt. Immer lauter gehen wir der Verelendung entgegen, der allgemeinen Verelendung, und die allgemeine Verelendung kommt in diesem Fall von der Armut her (Heiterkeit), von der Armut an Geld und Rohstoffen, die uns der verlorene Krieg beschert hat, aber auch von der Armut an Gedanken und geistigen Hilfsmitteln der Staatsmänner von heute, an dem Mangel an Kredit, den sie im Auslande besitzen. (Lebhafteste Zustimmung.)

Die fortgesetzte Steigerung der Löhne ist unvermeidlich bei der fortwährenden Steigerung der Preise. Aber alle Lohnforderungen nützen nichts, weil sie immer wieder zu Preiserhöhungen führen. In der letzten Nummer der „Sozialen Praxis“ spricht ein so linksstehender Nationalökonom wie Dr. Potthoff aus: Wenn wir weiter wirtschaften wie bisher, so sind im kommenden Herbst die Preise der wichtigsten Lebensmittel doppelt so hoch wie heute. (Hört, hört!) Löhne und Gehälter müßten sich also in wenigen Monaten noch einmal verdoppeln. Potthoff sieht nur eine Rettung: das Geld muß ausgeschaltet werden durch Naturalversorgung. Die wichtigsten Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Wohnung müssen ohne das Zwischentreten von Geld unmittelbar befriedigt werden. Er fordert also die Rückkehr zur Naturalwirtschaft, eine Wiederholung des Systems der alten Hauswirtschaft, der mittelalterlichen Stadt oder Kantonswirtschaft. Also auch hier: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Das sind die Fortschritte, die uns die Revolution gebracht hat. (Lebhafteste Zustimmung.)

Die heute zur Verfügung stehende Zeit gestattet nicht die vorhandenen Mißstände eingehend zu schildern, die Beschwerden des Mittelstandes, der unter der gegenwärtigen Entwicklung wohl am schwersten leidet (Zustimmung), der Handwerker, der kleinen Gewerbetreibenden, der kleinen Beamten und Angestellten. Ich will nur ein Wort noch sagen über die Not der geistigen Arbeiter, die unter den heutigen Zuständen dem Elend und dem Hunger preisgegeben sind. Man hat uns geraten, im Gegensatz zu dem Potsdamer Geist den Geist von Weimar wieder zu erwecken. Gewiß sind wir auch heute imstande, auf geistigen Gebiete Hervorragendes zu leisten. Röpfe sind genug da, aber sie können nicht schaffen, wenn sie hungern müssen. (Lebhafteste Zustimmung.) Immer lauter werden die Klagen von Gelehrten, Dichtern und Schriftstellern; oft können nicht einmal mehr die Kosten für den Druck ihrer Ergebnisse aufgebracht werden. Ich lasse alles zusammen in das Wort des Präsidenten des Landesfinanzamts in Magdeburg, Dr. Schwarz, der dieser Tage einen Artikel über die Kulturfrage mit der Mahnung schrieb: Unsere Lage ist und bleibt furchtbar ernst. Einigkeit im Innern ist nötiger als je, leider last scheint es ferner als je. Das Schicksal von Generationen halten die Lebenden von heute in ihrer Hand. Bedenke, wenn sie das Wohl der Klasse vor das Wohl des Ganzen stellen.

Das ist auch unsere Meinung. Nicht um Parteifragen geht es — es geht um das Leben von Reich und Volk, es geht um die Zukunft von Generationen. Es gibt nur einen Weg, der noch Aussicht auf Rettung bietet: unbefangene und parteiinteressen, unbefangene Parteitarbeit u. Habere alle Kräfte zusammenzuschließen, die auf dem Boden der Verfassung am Wiederaufbau des Reiches auf einheitlicher Grundlage mitarbeiten wollen.

### Der Wahlschwandel der „Rechtspartei“.

Berlin, 29. Mai. Der sozialistische „Volkstempel“ in Frankfurt a. d. Oder will laut „Südd. Zig.“, wieder von einem angeblichen deutschnationalen Putschplan wissen. Demnach beabsichtigen die Deutschnationalen und die mit ihnen verbündeten Militärputschisten am 5. oder 6. Juni einen großen Schlag zum Sturze der Republik und zur Verhinderung der Wahlen zu führen. Das militärische Vorgehen sei im Gegensatz zur Märzwoche peinlich genau organisiert. Der Ausgangspunkt für den Putsch liege in Frankfurt a. d. Oder. Die Führung liege in den Händen von vier Generälen. Die Ermahnung von Berlin soll von Vorpommern aus erfolgen. Als Operationsbasis ist Greifswald in Aussicht genommen. Die Niederschläppung von Mitteldeutschland wird von Hannover aus in die Wege geleitet. Für den Bezirk Frankfurt a. d. Oder ständen 2300 Offiziere in Mannschafteinheit zur Verfügung, die als Sturmtrupp in hervorragendem Maße mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet sind. Ueber die Teilnahme von Garnisonen beginn von geeigneten Formationen liegen zurzeit noch keine sicheren Meldungen vor. Im Mannschafteinheit in ausreichendem Maße zu





Wieder, verspreche man ihnen pro Tag 30-40 Mark Lohnung. In Frankfurt a. d. Oder seien Agenten zur Anwerbung von aktiven Unteroffizieren tätig. Für die Aktion, die Frankfurt in die Hände der Bolschewiken bringen soll, dient als Generalstab das Gut Lippenga. Die Güter Lippenga und Rannsdorf beherbergen die Stube der Nachrichtenabteilungen. Die Listen zur Verhaftung von Arbeiterführern befinden sich bereits in den Händen der Vortruppsoffiziere. Die Liste für Frankfurt beginnt mit dem Namen des Redakteurs Genossen Schulz. Man glaubt, durch die Verhaftung der führenden Genossen den Generallisten verhindern zu können.

Soweit das sozialistische Blatt. Es wird natürlich Klüßige finden, aber ein größerer Irrsinn ist doch gar nicht denkbar, als daß die Rechte, die alle Aussicht hat, ihren Mandatsbestand bei dieser Wahl zu verdoppeln, die Wahl durch einen Putsch zu verhindern sucht.

Berlin, 29. Mai. Auf Grund einer Anzeige von mehrheitssozialistischer Seite sind auf Befehl der Reichsregierung Waffendurchsuchungen auf pommerschen Gütern vorgenommen worden. Die Durchsuchung von 32 Gütern war am Donnerstagabend abgeschlossen. Sie hat weder Waffen zu Tage gefördert, noch konnte die Anwesenheit irgend welcher bewaffneter Soldaten auch nur in einem einzigen Falle festgestellt werden.

#### Am Oberschlesien.

Beuthen, 29. Mai. Die „Oberschlesische Landeszeitung“ veröffentlicht eine Kundgebung, des Reichsministers Dr. Köhler, in der es heißt: Die Zeiten bolschewistischer Despotie sind vorüber. Unsere Verfassung, der Friedensvertrag garantieren den Oberschleslern polnischer und deutscher Nationalität vollkommene Gleichberechtigung. Bezieht sich die Freiheit der Religion. Wie in Schlesiens zweiter Zone Deutsche und Dänen schon wieder heute in treuer Arbeitsgemeinschaft schafften zu ihrem und des Vaterlandes Besten, so mögen auch die Oberschlesler wieder wie einst in fruchtbringender Arbeitsgemeinschaft sich einsehen für die Nahrung ihres freien Willens. Für Wünsche und berechnete Forderungen des ober-schlesischen Volkes wird die Reichsregierung stets ein offenes Ohr haben.

#### Der deutsch-litauische Friedensvertrag.

Kopenhagen, 29. Mai. Nach Mitteilung des lettischen Zeitschriftlers „Riga“ hat die lettische Regierung das Friedensprotokoll, das am 5. Mai in Berlin von den Delegierten Lettlands und Deutschlands unterzeichnet wurde u. das nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten soll, veröffentlicht. Hauptbedingungen sind: Deutschland erkennt Lettland als selbständigen Staat an und zwar sofort, nachdem von den allierten Mächten diese Anerkennung ausgesprochen ist. Sowohl Deutschland als Lettland verpflichten sich, keine Bestrebungen zu unterstützen, die sich gegen eines der beiden Länder richten, und keine feindliche Truppenbildung auf ihrem Gebiet zu dulden. Deutschland verpflichtet sich zum Ersatz des Schadens, den seine Truppen in Lettland angerichtet haben. In Riga wird eine gemischte Kommission die Höhe des Schadens festlegen. Lettland erhält alles Kriegsmaterial, das den Truppen verbleibt. Lettland erhält auf Kredit zu liefern.

Die W. I. B. hierzu von unabhängiger Stelle hört, sind noch folgende Punkte des Vertrags bemerkenswert: Die oben erwähnte gemischte Kommission wird auch den Wert des von Lettland zu ersetzenden Aufwands feststellen, der mit deutschen Mitteln für öffentliche Anlagen auf lettischem Gebiet gemacht worden ist. Beide Vertragsparteien sichern sich für den gegenseitigen Handelsverkehr, ihre industriellen Unternehmungen, sowie für die Schifffahrt das Recht der Reisefähigkeit zu. Lettland verpflichtet sich, den Transitverkehr aus Deutschland durch Lettland oder aus anderen Ländern durch Lettland nach Deutschland nicht zu erschweren und keine besonderen Transitabgaben zu erheben.

#### Spana auf Mitte Juli verschoben.

Rom, 29. Mai. Man vernimmt, daß die Regierungen von Frankreich und England den italienischen Vorschlag auf Verschiebung der Konferenz von Spa bis Mitte Juli grund-

#### Zu Joseph Haydn Todestag.

Am 31. Mai 1809 war der Zweite des Dreigestirns: Mozart, Haydn, Beethoven erloschen. Franz Joseph Haydn war nach einem langen, schaffensreichen Leben in Wien gestorben. Früh, als achtjähriger Knabe schon, hatte er seine Begabung für die Musik bewiesen, und nachdem er seine musikalischen Studien nach langer, mühevoller Arbeit vollendet hatte, wurde er Dirigent der Hauskapelle eines ungarischen Grafen, das er dreißig Jahre lang verstand. Mit 28 Jahren heiratete er eine seiner Schillerinnen, ohne eine tiefere Regung für sie zu empfinden. Die Ehe wurde in tiefstem Grunde unglücklich. Haydn war bald weit über die Grenzen Oesterreichs hinaus bekannt. Und als sich seine Kapelle auflöste, folgte er einem Ruf nach England, wo seine künstlerischen Erfolge weit alle Erwartungen übertrafen. Wieder zurückgekehrt verbrachte er den Rest seines Lebens in Wien, und in dieser Zeit wurden die meisten seiner Werke geboren.

Haydns Bedeutung für die Musik nimmt eine durchaus hervorragende Stellung ein. Er ist nicht der Schöpfer wohl, aber der Vollender des neueren Instrumentalformen und ebenso ist er der Vollender der Sinfonie heutigen Stils. In Hand der Sonatenform bildete er deren drei Sätze — in der Regel Allegro — Adagio — Allegro — selbständig u. reichhaltiger aus u. fügte noch einen vierten Satz das „Menuett“ hinzu. Diese Form der Sinfonie ist bis auf den heutigen Tag maßgebend geblieben. Mit Recht meint man ihn deshalb den Vater der Sinfonie.

Unter seinen überaus zahlreichen Werken — ca 150 Sinfonien (die 2. Sinfonie in d-Moll wurde hier schon vom Seminarorchester wiedergegeben), vielen Streichquartetten, Sonaten, Trios usw. — ragen seine bedeutendsten Werke hervor, die Oratorien „Die Schöpfung“ und „Die Jahreszeiten“. Diese beiden haben Haydn, wie kaum ein anderes seiner Werke, die Unsterblichkeit verliehen.

Und wer sollte ihn nicht kennen als Komponist der österreichischen Nationalhymne „Gott erhalte Franz den Kaiser“ oder des deutschen Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“.

ständig angenommen haben. Ritti sucht auf diese Weise die erlöcherliche Zeit für die Erledigung der dringendsten gesetzgeberischen Arbeiten zu gewinnen und seine Stellung im Parlament zu befestigen. Inzwischen sagt die Presse im Zusammenhang mit dem Interwiew Stojitschikow, das die Aufmerksamkeit der neuen Kabinetskreise ins Auge. Die Auflassung verleiht sich, daß Stojitschikow tatsächlich die Erblichkeit Rittis anzuerkennen hofft. Eine Reihe von Blättern kritisierten unter diesem Gesichtspunkt das Interwiew Stojitschikow, welches lebhaft. Der „Corriere della Sera“ weist besonders darauf hin, daß Stojitschikow kein Wort über die auswendige Politik gesagt habe und sich weder über die Adriarfrage noch über die Haltung gegenüber Frankreich und England geäußert habe. Auf der andern Seite stellt der „Tempo“ fest, Stojitschikow habe gezeigt, daß er keine Schattenfigur, sondern eine lebende Persönlichkeit sei.

#### Sitzung der französischen Kammer.

Paris, 28. Mai. In der heutigen Kammer Sitzung begründete der gemäßigte Sozialist Paul Labriol die Interpellation über die Festlegung der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung. Der Vertrag von Versailles sei für viele Deputierte das Minimum der Rechte Frankreichs gewesen. Eine Politik der Großmut gegenüber Deutschland würde einzig und allein auf Kosten Frankreichs gehen. Er ermahnte deshalb die Regierung, der Kommissar der Wiedergutmachungskommission zu misstrauen. Er hoffe, daß die Regierung noch sagen könne, daß sie für Spa freie Hand habe. Auf welche Weise man auch die Gesamtsumme der deutschen Schuld festlegen werde, diese Aufgabe komme der Wiedergutmachungskommission zu.

Millevand erklärte, in den bisherigen Verhandlungen sei noch keine Verpflichtung übernommen worden. Die Alliierten gingen nach Spa als Fordernde mit vollkommen freier Hand, um die Ausführung des Friedensvertrags, aber nicht dessen Revision, zu erzielen. Die Entlassung Deutschlands sei die erste Bedingung des Weltfriedens. Die wesentlichsten Klauseln müßten die Alliierten durch alle Mittel zur Durchführung bringen. Es wäre eine Ungerechtfertigkeit u. ein Skandal, wenn die Urheber des Krieges nicht die Schuld, die sie sich verpflichtet hatten, zu zahlen, vollkommen entrichten würden. (Beifall.) Nachdem er die Artikel über die Wiedergutmachungen verlesen hatte, sagte Millevand weiter, er lege den größten Wert darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Funktion bleibe. Die Kommission müsse vollkommene Freiheit und absolute Autonomie haben. Sie habe am 12. Mai eine befriedigende Antwort in Bezug auf die Bots erhalten, die Deutschland als Anerkennung seiner Schuld geben müsse. Diese Bots würden aber erst wertvoll an dem Tage, an dem man sie diskutieren könne. Man habe die Möglichkeit ins Auge gefaßt, schon jetzt den Betrag dieser Schuld festzusetzen. Er gebe zu, daß es gewisse Ungelegenheiten habe, nicht bis zum nächsten Mai zu warten, weil man dann wertvolle Aufklärungen hätte. Aber die Kunst eines Staatsmannes sei, zwischen den großen Ungelegenheiten zu wählen.

#### Rußlands Bolschewikerungspläne.

Kopenhagen, 29. Mai. „Berlingske Tidende“ meldet aus Kowno, die letzte Kammer des führenden Bolschewikerblattes „Nowaja“ veröffentlicht einen Artikel von Karl Radel, in dem dieser in sehr entschiedener Weise auf die Gefahr aufmerksam macht, die Rußland von Polen drohe und erklärte, Rußland müsse sich hier darüber sein, daß Polen ein gefährlicher und starker Feind sei und daß der Krieg nur dann zu einem schnellen und siegreichen Abschluß gebracht werden könne, wenn Rußland alle ihm zur Verfügung stehenden Truppen schnell gegen Polen zusammenziehe. Es sei eine Notwendigkeit für Sowjetrußland, das „weiche“ Polen zu vernichten. Rußland könne ein weiches Polen nicht neben sich dulden. Das Sowjetrußland sei erst dann gesichert, wenn das Rußland ein bolschewistisches Polen an seiner Seite habe.

#### Kanadas Forderungen.

Rotterdam, 28. Mai. Reuters. Kanada fordert von Deutschland eine Entschädigungssumme von 1871 Millionen

Der Grundzug aller Werke Haydns ist die ungewöhnliche, liebenswürdige und graziale Natürlichkeit. Seine Musik ist reich an Ideen, frisch, ohne aufdringlich zu werden. Ein Oesterreicher mit all seinem leichten, humorvollen, nie und da auch wehmütigen Wesen, so tritt er uns in seiner Musik entgegen, der deutschen Art nachstrebend. R. Wagner nennt Haydns Musik einen „warmen Hauch menschlich freudigen Lebens“, und auch Märcke verstand seine Art, wenn er sagt: „Manchmal ist sein Humor außerordentlich ein zierliches Köpfelein, das, wenn der Zauberer spielt, schalkhaft im Rücken ihm tangt!“ W. B.

**Kieselsäure in der Tuberkulosebehandlung.** Ausgedehnte Versuchsreihe mit Kieselsäure Natrium an Tieren, um die sich vor allem Prof. Dr. Robert vom Pharmakolog. Institut der Universität Kofold verdient gemacht hat, haben gezeigt, daß die Präparate insoweit leicht verträglich wurden, als sie nicht mit Natronlauge verunreinigt waren. Nach Einspritzungen der Kieselsäure ins Blut ergaben keinerlei Giftwirkung, im Gegenteil, es gelang einigen Forschern, wie z. B. Nathan, der nachweist, daß z. B. Osmiumsäurekörperchen durch die Behandlung mit Kieselsäure eine vermehrte Widerstandsfähigkeit gegen die blutlösende Wirkung einzelner Gifte, wie z. B. von Saponinen, sich erworben. Man kann hier also von einer Verbesserung des Blutes sprechen, deren genaue Untersuchung wir ebenfalls Robert und seinen Schülern verdanken. Die Forscher machten, als praktische Anwendung ihrer Studien, den Vorschlag, diese verbessernde Wirkung der Kieselsäure auf das Blut bei der Tuberkulosebehandlung zu nützen. Gibt man Tuberkulösen täglich mehrmals Kieselsäure in wasserlöslicher Form, z. B. Kieselsäure oder Kieselsäurehaltigen Zeolith, so wird die Widerstandsfähigkeit des Lungengewebes gesteigert und eine Blutverbesserung angebahnt. Vorgänge, die in ihrem Zusammenwirken in manchen Fällen noch eine völlige Ausheilung ermöglichen. Die Kieselsäurebehandlung, die noch den Vorschlag der Billigkeit und der leichten Anwendbarkeit besitzt, eröffnet einen neuen Weg zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Dollars einschließlich 31 Millionen Dollar wegen Kriegführung mit ungeschätzlichen Mitteln.

#### Das Spullersee.

Jansbrunn, 29. Mai. Dem „Alpenland“ zufolge ist vorgestern der Durchbruch am Spullersee (Vorarlberg) vollendet worden. Der See ist 10 Meter unter dem Wasserspiegel angebohrt worden. Das Wasser wurde in die Riffen geleitet. Wenn der See seinen neuen Spiegel erreicht haben wird, wird mit der Fundamentierung der Staumauer begonnen werden. Das Spullersee soll der Elektrifizierung der Arberbahn dienen.

#### Reichs- und Landtagswahl.

##### Verbindungserklärungen zur Reichstagswahl.

Stuttgart, 28. Mai. Der Wahlausschuß für den Wahlkreisverband Württemberg-Baden hat die eingereichten Verbindungserklärungen für die Reichstagswahl in einer öffentlichen Sitzung im Ministerium des Innern geprüft. In Baden sind es 7, in Württemberg durch das getrennte Vorgehen von Bürgerpartei und Bauernbund 8 Kreiswahlorschläge. Neu dabei ist, daß auch die kommunistische Partei Wahlvorschlüge eingereicht hat, die bis jetzt aber noch nicht bekanntgegeben sind. Die Wahlvorschlüge der Parteien des Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden sind an die entsprechende Reichsliste angehängt. In Württemberg sind die Wahlvorschlüge des Bauernbunds und der Bürgerpartei, in Baden die der Deutschen Nationalen Volkspartei (Christl. Volkspartei in Baden) an die Reichsliste der Deutschen Nationalen angehängt.

##### Der Staatspräsident als Wahlredner.

Stuttgart, 29. Mai. Im Saalbau Walle fand eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt, bei der Staatspräsident Blos sprach. Seine Ausführungen wurden durch die stark vertretenen Unabhängigen und Kommunisten durch scharfe Zwischenrufe gestört. Die Unruhe steigerte sich zum Tumult während der nachfolgenden Ausführungen des bad. Sozialisten G. Mannheim. In der Aussprache kam es zu Lärmjahren. Nach Stellung eines Schlussantrags trug alles auf Stille und Ruhe, so daß die Versammlung nicht ordnungsmäßig geschlossen werden konnte.

#### Ev. Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 29. Mai. In der Schlussfeier am Freitag wird zuerst die große Ansprache über Kirche und innere Mission beendet, die vom Abg. Gauger als Vertreter der über eine Einrede der Brüderanstalt Karlsruhe eingeleitet worden war. Bischof D. Schell gibt einen Rückblick auf das bisherige Verhältnis von Kirche und innerer Mission zueinander und Richtlinien für ihr künftiges Zusammenarbeiten an der ungeheuren Aufgabe, unterem Volk die Kräfte des Evangeliums zu erhalten. Krieger hält eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede über die Bedeutung und den Ausbau des Gemeindegemeinwesens. Die Eingabe der „Kirchliche“ wird einstimmig der Oberkirchenbehörde zur Erwägung überwiesen samt einem von Weiser beantragten Antrag, der tätige Unterstützung der inneren Mission in der jetzigen Notlage fordert und vor Entschleunigung ihrer Werke warnt. Ein Antrag auf Wahrung des evangelischen Charakters der Kleinfriedensfeier wird der Oberkirchenbehörde zur Berücksichtigung überwiesen, desgleichen eine Eingabe des ev. Bundes und des ev. Volksbundes, die weist darauf hin, daß seit 1918 in der katholischen Kirche eine nicht vor dem katholischen Priester geschlossene Ehe grundsätzlich als wilde Ehe gilt, und warnt vor dem Eingehen von Mischen, deren Friede durch die neuen Bestimmungen stark bedroht ist. Eine Entschließung, die gegen den Wucher mit Modematerial protestiert und den dringenden Wunsch nach Staatsbeiträgen für bedürftige Gemeinden zur Anschaffung neuer Kirchengebäude ausdrückt, wird angenommen, ebenso eine Entschließung, die Reichsregierung um Schaffung eines Gesetzes gegen den Alkoholmissbrauch zu ersuchen, das allein uns vor den jetzt wieder drohenden Strömen von Alkohol schützen könnte. (Antoa Scheuren H. Dr. Schwandner). Darauf wird die Versammlung bis auf weiteres (wahrscheinlich Herbst) vertagt.

#### Vermischtes.

**Die Steuerschraube** wird immer kräftiger angezogen und wir werden noch die trübsen Stunden erleben, was alles befeuert werden wird! Wer ein Fachgelehrter benötigt, muß eine Luxussteuer bezahlen. — Beim Jahrsarzt muß eine Vergütungsteuer entrichtet werden. — Wer einen Hund hat, zahlt Zuwachssteuer. — Jeder Stammophonbesitzer hat eine Befähigungssteuer zu entrichten. — Wenn etwas gefohlen worden ist, der hat eine Verluststeuer zu bezahlen. — Wer zwei Haare auf dem Kopfe hat, zahlt eine Luxussteuer, wer zu wenig hat, eine Mangelsteuer. — Wer unter ein Auto kommt, muß eine Unfallsteuer bezahlen. — Jeder Fuß kostet eine Stempelsteuer. — Bei der Ehecheidung kommt eine Wonnesteuer in Betracht. — Der Besitzer einer Hundehütte zahlt eine Immobiliensteuer. — Wer einen Papierbogen trägt, wird mit einer Verschwendungsteuer bestraft. — Auf jedem Steuerzettel liegt eine Verdrußsteuer und wer im Sterben liegt, zahlt eine — Schlusssteuer!

**Ästlicher in Obstbäumen.** Wohl jeder Obstgarten weist in seinem Alteren Baumbestande eine Anzahl Ästlicher auf. Viele Besitzer kümmern sich darum gar nicht, andre sehen dieselben ganz gerne, weil darin die Höhlenbrüter mit Vorliebe nisten u. so dem Garten durch Vertilgen von allerlei Ungeziefer nur genützt wird. Richtig betrachtet begehren die Ästler wie die andern ein Unrecht an ihrem Garten. Wohl ist es wahr, daß eine Anzahl nützlicher Vögel, die Ästlicher gerne als Brutstätten denken und so dem Garten erhalten bleiben; andererseits bedeutet aber jedes Ästloch einen beachtenswerten Schaden für den Baum. Bei jedem Regenwetter dringt Rasse ein und erzeugt Fäulnis. Diese greift dann rasch weiter u. muß naturgemäß die Lebensdauer des Baumes kürzen. Auch darf nicht vergessen werden, daß sich in Ästlöchern auch gerne Vogelräuber ansiedeln, zum Schaden eben jener Vögel, die man durch diese natürlichen Niststätten begehren will. Deshalb dürfte jedem Gartenbesitzer anzuraten sein, keine Ästlicher in seinem Garten zu dulden. Wo nach Abschneiden eines Astes die Wunde nicht gut zuwächst, da luche man gleich einer weiteren Fäulnisbildung durch Befreien mit Baumwachs oder Teer vorzuzukommen. Schon





befestende Löcher fülle man mit trockener Rinde oder Schlacken, auch Steinen, und verschütze sie mit Zement. Damit wird einmal dem wunden Baum genützt, und dann können sich auch keine Bogenwürmer mehr ansiedeln. Freilich finden dann auch die nützlichen Höhlenwürmer kein Nestloch zum Nisten, aber diesem Mangel ist doch leicht abzuhelfen durch Aufhängen geeigneter Nistkästen. (Geflügel-Vögel.)

## Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 31. Mai 1920

Durch Entschließung des Ernährungsministeriums ist Oberamtmann Mayer, planmäßiger Professor bei der Regierung des Schwarzwaldkreises, bisher stellv. Vorstand der Fleischversorgungsstelle, zum Vorstand der Fleischversorgungsstelle bestellend worden.

**Deutsche Volkspartei.** Im gutbesetzten Traubensaal hielt gestern die hiesige Ortsgruppe der deutschen Volkspartei ihre Wahlversammlung ab. Herr Seminaroberlehrer Gös eröffnete die Versammlung, indem er mit eindringlichen Worten auf die Wichtigkeit der Stunde hinwies und ein kurz umrissenes Stimmungsbild der gegenwärtigen Lage zeichnete. Dann ergriff der Referent des Tages, Herr Josias Bides das Wort. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Deutschlands äußere Lage ist die denkbar schlimmste. Der Friedensvertrag von Versailles ist die Basis zu den tiefsten feindlichen Liebergriffen geworden, so zu der Belegung Frankreichs. Deutschland ist isoliert gelassen, doch es sich alles gefallen läßt, denn die Regierung hat zwar protestiert, aber nicht mit der nötigen Entschiedenheit. Aus dem Schwachwerden von Versailles ist uns ein zweites nationales Unglück erwachsen, nämlich die Bedrohung durch den Bolschewismus. Nur gemeinsame Arbeit, gemeinsames Schaffen kann uns davor retten, eine Abwehraktion, die von den Deutschnationalen bis einschließlich zu den Reichsrepublikanern reicht. Die Sozialdemokratie soll gleichberechtigt, aber nicht beherrschend Faktor sein. Deshalb brauchen wir nicht auf den Kampf gegen den bürgerlichen Sozialismus zu verzichten, der praktisch durchgeführt, den Ruin bedeuten würde. Namentlich muß mit der „Politik der Kompromisse“ gegenüber den Linkswirtschaften Schluß gemacht werden. Staat und Regierung müssen endlich wieder die Macht in der Hand haben. Der Internationalismus, der bereits stark in die Schichten der Intellektuellen eingedrungen ist, hat uns bitard gemacht gegenüber der Wirklichkeit, sonst würden nicht noch immer führende Köpfer an englische Deutschfreundlichkeit u. ähnliche Unmöglichkeiten glauben. Zum Austrag kommt die Frage: Sozialismus oder Individualismus, und diesen Zusammenstoß der Ideen können wir ausgleichen durch die Schaffung einer Kammer der Arbeit, die Vetorecht gegenüber dem Reichstage hat, und für Gleichberechtigung aller Volksgenossen bei freier Entlohnung eintritt. Die innere Lage ist tatsächlich katastrophal. Steuerlast und Vermögensverluste sind um das 8fache gestiegen, an eine Neubildung des Kapitals ist bei der entsetzlichen Besteuerung nicht zu denken. Die Revolution hat uns mit neuen 68 Milliarden belastet. Ein seltener Ausnahmefall ist die Parteizwistswirtschaft, u. die daraus folgende übermäßige hohe Beamtenzahl. 168 aktive Minister besitzen wir, und das Verhältnis der Beamten zur Kopfzahl der Bevölkerung ist von 6 auf 15 Prozent gestiegen. Sparmaßnahme muß erste Bedingung sein in der neuen Zeit. Eine schwere Befehle liegt in der sog. „Demokratisierung“ des deutschen Richterstandes, die gleichbedeutend mit Aufgabe der Unabhängigkeit der Rechtspflege ist. Die Kriegsgesellschaften müssen sofort aufgelöst werden, u. der Abbau der Zwangswirtschaft ist langsam und rasch in die Wege zu setzen. Arbeit ist das Gebot der Stunde. Der Aufruf zum Generalstreik war ein Verbrechen an deutschen Bewußtsein, für das die demokratische Partei einen großen Teil der Verantwortung trägt, denn der parteiliche Streikaufruf war ein Verstoß an deutschen Bürgertum. Auch das Mitgehen mit der Steuerpolitik Erzbergers läßt der Demokratie zur Last. Unabhängigkeit nach rechts wie links will sich die Deutsche Volkspartei nicht nach dem nationalen und liberalen Gedanken geltend machen, so unser Volk einer besseren Zukunft entgegenführen. — Reiches Verfall löst die spannendsten Ausführungen des Redners. In der Diskussion ergriff zuerst der sozialdemokratische Hauptlehrer Pfeiffer das Wort, dessen verworrene Schlagworte, die zum Teil in Gehäufteiten ausarten, einen Mißton in die sonst durchaus harmonische Versammlung brachten. Solche Diskussionen wie Herr Pfeiffer schaden nur — ihrer eigenen Partei. Herr Seminaroberlehrer Weinbreuner verteidigte den Standpunkt der demokratischen Partei mit viel Humor. Nachdem Herr Bides auf die Diskussionen geantwortet hatte, sprach Herr Gös das Schlußwort, das in die Richtung auslief, national zu bleiben, da man auch Revolution machen u. doch national sein könne.

**Deutsche demokratische Partei.** Am Dienstag spricht im Hofsaal in öffentlicher Wählerversammlung Ministerialdirektor Dr. Red über die Ziele der demokratischen Partei. Dr. Red ist bekanntlich in Magold aufgewachsen, und dürfte auch aus diesem Grunde der Vortrag weite Kreise interessieren. Siehe auch Infort.

**Sozialdemokratische Partei.** Reichsarbeitsminister Schilde spricht am Dienstag Abend im Traubensaal. Näheres im Infortenteil.

**Vom Wetter.** Der schwebende Mai besetzte uns in der Nacht vom Samstag auf Sonntag ein festes Gewitter. Das ununterbrochene Krachen des Donners mag manchen Schläfer unruhig gemacht haben. Trotz der elementaren Stärke des Gewitters fiel nur wenig Regen. Der gestrige Sonntag stand noch unter den Nachwehen der Nacht und brachte ausgiebigen Niederlag, der unsern Landwirten nicht unwillkommen sein dürfte. Wenn die Anzeichen nicht trügen, ist für die nächsten Tage mit Klärfung und weiterer Fortdauer des warmen und trockenen Wetters zu rechnen.

**Die verfehlte Vortragsführung.** Wie aus dem Reichspostministerium verlautet, läßt sich nicht leugnen, daß seit der Erhöhung der Portotaxe der Verkehr durchsichtlicher um 25 Prozent nachgelassen hat. Um die Defizite nicht noch zu vermehren, muß der Postbetrieb einschränkt werden.

## Aus dem übrigen Württemberg.

**h Calw, 26. Mai.** Der Ausschuss des Beamtenbunds Calw, in dem namentlich auch die Körperschaftsbeamten und die Pensionäre vertreten sind, hielt heute eine Sitzung ab, in welcher die Beschlüsse zur Stuttgarter Tagung der Beamtenbünde Bericht erstatteten und die Stellung der Beamten

und Festbediensteten zu den bevorstehenden Wahlen eingehend besprochen wurde. Gemeinsam mit den Beamtenbänden Nagold und Neuenbürg, welche mit ihren wahlberechtigten Angehörigen rund 3000 Wähler repräsentieren, wurde beschlossen, zur Klärung der Mitglieder über die Stellung der Kreiswahlkandidaten zum Stand der Beamten und Festbediensteten 5 Fragen an die ersten zwei Kandidaten der 8 Wahlkreise zu richten, welche sich auf die Aufrechterhaltung eines unabhängigen Berufs-Beamtenstandes u. die Bekämpfung einer Durchführung deselben, auf die lebenslängliche Anstellung, Pensionberechtigung und Hinterbliebenenversorgung, auf einen mahlwollenen u. zeitgemäßen Ausbau des Beamtenrechts, auf eine den Verhältnissen aller Festbediensteten Rechnung tragende gesonderte Durchführung der Steuerleggebung und endlich auf die Bekämpfung des die Lebenshaltung verunsichernden Schieber- und Wuchererums beziehen. Die Antworten der Kandidaten werden den Mitgliedern rechtzeitig in einer allgemeinen Beamtenversammlung bekannt gegeben.

**Stuttgart, 29. Mai.** Der Reichswirtschaftsrat hat den Verkehr mit Wild und Häuten freigegeben. Diese unterliegen nicht mehr dem Fleischmarktzwang. Die württembergischen Bestimmungen über den Verkehr und Verbrauch von Wild und Geflügel jeder Art sind daher aufgehoben worden. Der Verkauf von Wild nach Orten außerhalb des Wirtschaftsgebiets Württemberg und Hohenzollern ist nur auf Grund eines Verabreichens gestattet.

## Legte Nachrichten.

### Blutiger Hohn.

**Mains, 31. Mai.** Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee, General Degoutte, hat den Mut gehabt, einen Tagesbefehl zu erlassen, in dem er nach einem Dank an die senegalesische Brigade die die Rheinarmee verlässe, weil sie zu einer Vertrauensmission auf ein auswärtiges Operationsgebiet (Syrien) berufen sei, erklärt, die Truppe habe sich in dem besetzten Gebiet durch Herzlichkeit und Einfachheit die Sympathie aller Einwohner erworben, die mit ihr in Bekleidung gekommen seien. Der gehässige Feldzug gegen alles, was französisch sei, könne sie nicht berühren. Die Senegalesen könnten mit Stolz ihre Sitteneinheit (!) und ihr hohes Pflichtgefühl als Menschen und Soldaten ins Feld führen gegenüber den perfiden Anklagen von Leuten, die so leicht die Säbreden verfaßten, deren sie sich in Afrika wie in Frankreich und Belgien schuldig gemacht hätten. Das „Echo du Rhin“, das diesen Tagesbefehl veröffentlicht, bemerkt aus diesem Anlaß, daß die Abberufung der Senegalbrigade vom Rhein keine Folge der deutschen Kampagne gegen die schwarzen Truppen sei.

### Die Stellung der D.V.P. zur Regierungsbildung.

**Berlin, 31. Mai.** Zu der Frage, ob die D.V.P. gegebenenfalls nach den Wahlen einer erweiterten Regierungskoalition beitreten würde, äußerte sich der Abg. Heine dahin, daß sich für die Zeit nach den Wahlen die D.V.P. freie Hand vorbehalten habe; in demselben Sinne sprach sich Stresemann aus. Aus beiden Kundgebungen gehe, so sagt die D.N.Z. hervor, daß die genannte Partei grundsätzlich bereit sei, in eine Koalition einzutreten, daß sie aber aus tatsächlichen Gründen diese Bereitwilligkeit vor den Wahlen nicht in den Vordergrund schieben möchte.

### „Geistige“ Waffen.

**Berlin, 31. Mai.** Eine gestern in Berlin-Schöneberg abgehaltene große Wählerversammlung der Deutsch-Nationalen Volkspartei wurde von Unabhängigen gesprengt. Graf Westorp sprach über die Bedeutung der Sozialdemokratie, die uns in den Abgrund treibe. Sofort wurden über den Köpfen der Menge zwei große rote Fahnen entrollt und nicht nur Schimpf- und Schmähsprüche gegen die Rednertribüne gerichtet, sondern auch Säcke und Biergläser als Wurfgeschosse benutzt. Es kam zu zahlreichen Verwundungen. Die Deutsch-Nationalen erkannten, daß an einen ordnungsmäßigen Verlauf der Versammlung nicht mehr zu denken war und räumten das Feld. — In einer vor einigen Tagen im Weidenburgischen abgehaltenen Wählerversammlung der Deutsch-Nationalen wurden dem Abgeordneten dieser Partei, v. Gröbe, ein Bierseidel an die Brust geschleudert und verschiedenen anderen Teilnehmern Verletzungen beigebracht.

### Schieber überall.

**Kann, 31. Mai.** Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, wonach ein Ausschuss eingesetzt wird zur Untersuchung der Nachschüsse einiger Altiengefellschaften, die in letzter Zeit ihr Stammkapital in ungewöhnlicher Weise erhöhten. Das Schachamt und das staatliche Valutamt habe bei einer Untersuchung über den Valuta-Handel festgestellt, daß viel Mißbrauch vorgekommen sei. Die Schuldigen sind verhaftet worden.

### Ein neuer Handreich b'Annunzio?

**Belgrad, 31. Mai.** Wie das jugoslawische Pressebureau meldet, erklärte der Ministerpräsident in der Nationalversammlung, daß die Regierung benachrichtigt worden sei, b'Annunzio wolle mit seinen Truppen an einem bestimmten Tage Saffat besetzen. Sie habe daraufhin die italienische Regierung verständigt, daß die jugoslawische Regierung ihrerseits entsprechende Schritte einleiten würde. Gleichzeitig habe sie die verbündeten und neutralen Regierungen von diesem Schritt verständigt und entsprechende Befehle an die jugoslawische Armee erlassen.

### Aufruf zum Heiligen Krieg.

**London, 29. Mai.** Man meldet den Büchern aus Konstantinopel, daß in Stambul ein Aufruf zum Heiligen Krieg angeschlagen wurde, in welchem die Mohammedaner der ganzen Welt zum Kampf für die Rettung des Islam aufgefordert werden. Die Proklamation weist darauf hin, daß der Friedensvertrag in Wirklichkeit die Vernichtung des Islam bedeuten würde.

### Wigede.

— Ein Freigeist. Richter: „Aber wie konnten Sie den Richter gleich fünf Obriegen geben? — Angeklagter: „Ja, ich bin nur einmal nicht knaulerig, wenn ich gebe.“

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Landtagswahl.

#### Bekanntmachung des Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses des 16. Landtagswahlkreises.

Auf die am 18. Mai 1920 in den Bezirksamtblättern des 16. Landtagswahlkreises ergangene Aufforderung zur Einreichung der Kreisvorschlagslisten sind folgende gültige Kreisvorschlagslisten eingegangen:

Nr. 1.

Vorschlag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

1. Großhans Karl, Gemeindevater, Stuttgart.
2. Ruy Paul, Kaufmann, Neuenbürg.
3. Ehrat Johann, Goldschmied, Nagold.
4. Feiler Karl, Mechaniker, Vixenfeld.
5. Dik Konrad, Gewerkschaftsbeamter, Stuttgart.
6. Raaf Gustav, Gemeindevater, Unterschwandorf.

Nr. 2.

Vorschlag der Württ. Bürgerpartei.

1. Müller Friedrich, Stadtschultheiß, Neubulach.
2. Rainer Christian, Vöderobensmeister, Neuenbürg.
3. Wagner Georg, Kommerzienrat, Handelskammer-Vorstand, Calw.
4. Schwerdtle Karl, Schlossermeister, Wildbad.
5. Theurer Wilhelm, Sägmwerksbesitzer, Altensteig.

Nr. 3.

Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei.

1. Heintzmann Friedrich, Buchdrucker, Neuenbürg.
2. Rard Paul, Schultheiß, Unterreichenbach.
3. Ng Joseph, Goldarbeiter, Nagold.
4. May Bruno, Buchdrucker, Calw.
5. Sürer Robert, Lagerhalter, Calw.

Nr. 4.

Vorschlag der Württ. Zentrumspartei.

1. Kocher Eugen, Amtsrichter, Stuttgart.
2. Bühler Carl, Professor, Neuenbürg.
3. Heinrich Carl, Gastmeister, Wildbad.

Nr. 5.

Vorschlag des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds, Bund der Landwirte.

1. Dinaler Wilhelm, Landwirt, Calw.
2. Dürr Jakob, Bauer, Sulz.
3. Stoll Jakob, Landwirt, Reichenbach.
4. Rugler Christian Friedrich, Landwirt, Schultzeiß, Hetschhausen.
5. Ganseimann Ulrich, Bauer, Liebelberg.
6. Hill Christian, Bauer, Althengstett.

Nr. 6.

Vorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

1. Jerkin-Jundel Klara, Schriftstellerin, Sillenbuch.
2. Schneidersberger Erhard, Volkshullehrer, Botnang.
3. Sautter Feig, Schuhmacher, Stuttgart.

Nr. 7.

Vorschlag der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale Partei).

1. Aldinger Friedrich, Gewerbelehrer, Calw.
2. Hennemann Friedrich, Dr. med. prakt. Arzt, Neuenbürg.
3. Lebzelter Eugen, Schlossermeister, Calw.
4. Harr Wilhelm, Fabrikant, Nagold.
5. Leuze Rudolf, Hauptlehrer, Altensteig.
6. Hilligardt Adolf, Verwaltungskassier, Leinach.

Nr. 8.

Vorschlag der Deutschen demokratischen Partei.

1. Staudenmeyer Emil, Berno-Kliniar, bisheriger Abgeordneter, Calw.
2. Pieper Otto, Bezirksnotar, Schönbürg.
3. Wegger Karl, Schultheiß, Sömmersfeld.
4. Reutlicher Gottlieb, Landwirt und Vorstand des landw. Ortsvereins, Grundbach.
5. Theurer Johannes, Schmiedemeister, Nagold.
6. Rösch Karl, Hotel- und Brauereibesitzer, Herrenthal.

Die Wahlhandlung für beide Wahlen (Reichstag und Landtag) findet am 6. Juni 1920 von vorm. 8 Uhr bis abends 6 Uhr im gleichen Wahlraum und unter Benützung der gleichen Wahlurne statt. Kommiliten und Genossen sind nicht gestattet. Die Stimmzettel sind so wie sie gedruckt abzugeben.

Stimmzettel und Wahlumschläge für die Landtagswahl sind hellblau. Die Stimmzettel für die Reichstagswahl weiß und die Umschläge hierzu dunkelblau. Das Einlegen der Stimmzettel in die entsprechenden Umschläge ist von größter Wichtigkeit, da Verwechslungen in dieser Hinsicht zur Ungültigkeit der Stimmen führen.

Calw, den 28. Mai 1920.

2522

Der Vorsitzende des Kreiswahlausschusses des 16. Landtagswahlkreises  
Oberamtmann: Gös

### Reichs- und Landtagswahl.

Die Herren Ortsvorsteher und Wahlvorsteher werden auf die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern betr. Ausstellung von Wahlscheinen vom 19. Mai 1920 (St.-A. Nr. 116) und den Min.-Erl. v. 33 d. M. (St.-A. Nr. 1919) bez. Vorbereitung der Reichs- und Landtagswahl zur genauen Beachtung hingewiesen.

Das zweite Stück der Wählerliste, deren völlige Ueber-einstimmung mit dem Hauptstück am Schluß zu beurkunden ist (St.-A. S. 736 Num.) ist unverzüglich mit Verzeichnisformular 11 an das Oberamt zur Prüfung einzufenden (Min.-Erl. v. 23 d. M. St.-A. Nr. 119). Gleichzeitig ist anzuzeigen, daß die Umschläge zur Verwendung der Stimmzettel überarbeitet sind.

Die Stimmzettel zur Reichstagswahl sind heute zur Post gegeben worden, diejenigen zur Landtagswahl folgen nach, ebenso die Wahlumschläge.

Nagold, den 28. Mai 1920.

Oberamt: Müll.





**Regelung des Fremdenverkehrs im Sommer 1920.**

Zum Vollzug der Bekanntmachung des Ernährungsministeriums vom 8. Mai d. J. (Gesetzblatt Nr. 110) wird bestimmt:

1. Die Beherbergung von Fremden ist nur solchen Personen gestattet, die dies schon vor dem 1. August 1914 gewerksmäßig betrieben haben. Für Orte, die schon seither keine Kurzrenten gehabt haben, wird auch dieses Jahr keine Kurzulassung erteilt. Ausnahmen kann das Oberamt in einzelnen Fällen zur Vermeidung von Härten erlassen.

2. Wer Kurzufahrt im Bezirk nehmen will, hat sich von seinem Wohnort aus an den Inhaber einer Gaststätte zu wenden und sich zu vergewissern, ob und von wann ab er daselbst Unterkunft finden kann. Wenn ihm Unterkunft zugesichert ist, hat er sich für sich u. seine etwaigen Angehörigen von seinem Hausarzt ein ärztl. Zeugnis ausstellen zu lassen, das von dem Oberamtsarzt seines Bezirks zu überprüfen ist. Hierauf hat der Kurzrenter ein schriftliches Gesuch an das Oberamt um Aufenthaltsgenehmigung einzureichen unter genauer Angabe von Vor- und Zuname der einzelnen Personen sowie seiner Wohnung, auch das ärztl. Zeugnis anzuschließen. Für die Antwort ist das erforderliche Porto in Marken beizulegen.

3. Der Kurzrenter hat den Bescheid des Oberamts abzuwarten, der so schnell wie möglich erteilt wird. Wer vor dem Empfang der Genehmigung anreist, hat damit zu rechnen, daß ihm der Aufenthalt polizeilich untersagt wird. Frühzeitige Einreichung der Gesuche ist daher dringend geboten. Das Mitführen von Pferden, Kraftwagen und Hunden ist verboten.

4. Die Inhaber von Gaststätten (Gastwirtschaften, Pensionen, Privatvermietungen) dürfen Kurzrenter erst aufnehmen, wenn dieselben vom Oberamt Kurzulassung erhalten haben. Wer dieser Vorschrift zuwiderhandelt, hat Bestrafung u. unter Umständen Schließung seines Betriebs zu gewärtigen.

5. Die in dem ärztl. Zeugnis beantragte Dauer des Aufenthalts ist für das Oberamt nicht ohne weiteres bindend. Im Allgemeinen wird ein Aufenthalt von höchstens 2-3 Wochen bewilligt.

6. Der Erlaubnisschein wird vom Oberamt in doppelter Fertigung ausgestellt. Die eine Fertigung erhält der Kurzrenter. Er ist verpflichtet, den Erlaubnisschein sofort nach Eintreffen im Kurort dem zuständigen Ortsvorsteher vorzulegen, welcher den Tag der Ankunft des Kurzrenters darauf beurkundet. Im übrigen hat der Fremde den Erlaubnisschein stets bei sich zu führen und auf Verlangen den Ueberwachungsbeamten vorzulegen. Vor der Abreise hat der Fremde den Schein dem Gastgeber abzugeben.

Der Gastgeber ist verpflichtet, dem Oberamt spätestens bis 3. des folgenden Monats eine Aufstellung der im vorhergehenden Monat gehaltenen Uebernachtungen vorzulegen. Die Erlaubnisscheine über abgelaufenen Kuraufenthalt sind diesem Verzeichnis anzuschließen.

Die zweite Fertigung des Erlaubnisscheins erhält der Ortsvorsteher des Kurorts zur Gegenkontrolle als Benachrichtigung. Er hat die örtlichen Polizeibehörden zu instruieren und darüber zu wachen, daß die Kurzrenter die ihnen gewährte Aufenthaltsfrist nicht überschreiten.

7. Für die Erlaubniserteilung erhebt das Oberamt je nach der Dauer des Aufenthalts eine Gebühr bis zu 5 M. Die oberamtliche Erlaubnis gewährt dem Fremden selbstverständlich keinen Anspruch auf tatsächliche Aufnahme in einer Gaststätte des Bezirks.

8. Zur Durchführung der Ziffer 3 der Min. Bekanntmachung werden in den Gaststätten durch die Polizeibehörden und Landjäger unvermutete Nachschauungen vorgenommen, um festzustellen, ob Fremde unerlaubten Aufenthalt oder unerlaubt aufgenommen worden sind.

Nachschau wird dabei auch darüber ausübt werden, ob sich die Inhaber der Gaststätten bezw. die Fremden im Besitz von Lebensmitteln befinden, welche auf unerlaubtem Wege (Hamsterei und Schleichhandel) vertrieben worden sind.

Kurzrenter, die sich gegen die Vorschriften des Fremdenverkehrs verhalten, insbesondere beim Hamstern betroffen werden, werden mit sofortiger Wirkung aus der Gemeinde und dem Oberamtsbezirk ausgewiesen, ihr Name wird im Bezirksamtsblatt veröffentlicht, auch werden sie der Staatsanwaltschaft zur Bestrafung übergeben.

9. Die Gastgeber werden angewiesen, die Kurzgäste durch Anschlag und dergl. vor jedem Verlaß des Gaststerns, unbegleiteten Besuch von Bauernhäusern, Befinden von Postpaketen mit Lebensmitteln und dergl. unter Hinweis auf die Gefahr sofortiger Beweivung dringend zu warnen, ihrerseits keine Hamsterei der Fremden zu dulden und solche sofort dem Oberamt anzuzeigen.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, Vorstehendes durch Anschlag am Rathaus öffentlich bekanntzugeben, durch Ausschellen auf denselben hinzuweisen und den Inhabern der Gaststätten unter schriftlich zu eröffnen.

10. Die Inhaber von Gaststätten haben vorstehende Bekanntmachung in ihrem Betrieb an auffälliger Stelle anzuschlagen.

2523  
Nagold, den 29. Mai 1920. Oberamt: Müllg.

**Bekanntmachung.**

Krisheim Nagold.

Es ist nunmehr eine Anzahl Liebesgabenpakete für zurückgekehrte Gefangene eingetroffen.

Diejenigen heimgekehrten Gefangenen des Bezirks, die ein solches noch nicht erhalten haben, wollen dieses im Amtsgerichtsgebäude Zimmer 12 alsbald abholen.

Entlassungspapiere u. sind mitzubringen.  
Nagold, den 28. Mai 1920. J. R. Sauer.

Zuverlässige, selbständige

**Röchin**

in besseren Haushalt auf's Land baldmöglichst bei hohem Lohn gesucht. Dauernde, angenehme Stellung.

Frau Fabrikant Josef Wolf  
Gehingen-Stetten (i. Hohenzollern.)

2469

Zuverlässiges 2531

**Mädchen**

aus guter Familie bei hohem Lohn und guter Verpflegung gesucht.

Frau Banker Kiefer  
s. St. Hotel Post, Nagold.

Per sofort wird ein einfaches

**Mädchen,**

das Gelegenheit hat, das Kochen zu erlernen, gesucht.

Hotel Waldhorn, Calw.

Verkaufe eine

**Dresch-Maschine**

für einen 1-2 Pferdewagen, (ohne Pflüge) und einen 1 Jahr alten



Andreas Fischer, Bollmaringen.

2529

**Öffentliche Versammlung.**

Am Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr

wird Herr Ministerialdirektor Dr. Reck, im Gasthof zum „Röste“ in Nagold zu den Wählern sprechen über:

**Die Politik der Deutsch-demokratischen Partei.**

Zu möglichst zahlreichem Besuch lädt freundlich ein

der Ortsgruppe Nagold der Deutsch-demokrat. Partei

2530

Weinbrenner.

**Öffentliche Wähler-Versammlung**

am Dienstag den 1. Juni, abends 8 Uhr,

im Traubensaal von Reichsarbeitsminister Schlicke. Hiezu ladet freundl. ein

Sozialdemokratische Partei Nagold.

2529

**Bezirksarbeitsamt Calw.**

(Für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold.)  
Fernsprecher No. 109. Lederstraße 161.

Offene Stellen.

Arbeit Suchende

- |   |   |
|---|---|
| a) für männliche Personen:                              | 1 Baukreiner                                |
| 1 jung. Knecht (pferdefundig)                           | 2 Buchbinder                                |
| 1 Hausbursche, (der auch evtl. Landwirtschaft versteht) | 1 Hausdiener oder Portier                   |
| 3 Erd- u. Steinbrucharbeiter                            | 1 Heizer                                    |
| 4 Maurer  | 1 Koch                                      |
| b) weibliche Personen:                                  | 1 Nachtwächter od. Pförtner in einer Fabrik |
| 7 Dienstmädchen   | 1 Oberhelmer (Sprachfremde)                 |
| 1 Kindermädchen   | 1 Schlosser - Bau                           |
| 2 Küchenmädchen   | 1 Schlosser - Maschinen                     |
|   | 3 Schuhmacher                               |
|   | 2 Schneider                                 |
|   | 1 Säger                                     |

Lehrstellen werden gesucht für 2 Schuhmacher- und 1 Friseur-Lehrling.

2525  
Wendungen werden auch von unserer Nebenstelle in Nagold Herrenbergstr. 19, Fernsprecher Nr. 80, entgegen genommen.  
Calw, den 28. Mai 1920. **Verwalter: Prof.**

Verkaufe von kommenden Mittwoch früh 8 Uhr an einen Transport

**i ch ö n e**

**Milch-Läufer Schweine**



**Schweine**

Chr. Kieule, Schweinehändler, Nagold.

**Zigarren-Spezialgeschäft**

neu eröffnet von

**Otto Steegmüller, Nagold**

im Hause von Herrn Flaschnermeister Kehr.  
Reelle Bedienung Billige Preise  
Cigarren Cigaretten Tabake Pfeifen.

Ragold.

Wegen Todesfall bin ich genötigt mein Geschäft gänzlich aufzugeben und dauere der

**Räumungsverkauf**

täglich fort.

**Christ. Raaf.**

Den Feuertrag

von 44 M verpachtet am Dienstag, abends 8 Uhr. Zusammenkunft beim Kirchhof. Der Obige.

Ragold.

**Sensen,**

**Sicheln,**

**Wärbe,**

**Wegsteine**

**Huf-Fett**

empfehl 2493  
J. Theurer, Schmiedmeister.

Verkaufe 2533

eine gute Milch-Kuh.

Johannes Hanfelmann  
Spielberg.

2519

Rottfelden.

Unterzeichnet verkauft ein

Mutter-lamm

samt Lamm

sowie eine

**Gluckhenne**

mit 10 Stück 8 Tage alten Jungen; ferner ein noch gut erhaltenes

**Fahr-Rad**

mit Freilauf, Friedensgarantur Mängel u. Schlänge.

**Gottlob Schühle,**

Wagner.

2519

Wählen Sie bei der allbekanntesten Marke



**Breisgauer**

**Kunststoffanfang**

und achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke.

Niederlagen durch Verkauf erfrucht. Anderfalls verlangen Sie Prospekt direkt vom Hersteller

Eduard Palm Freiburg i. B.

2535

W. Jäger.

**Blut-henne**

mit 11 Jungen

2531 verkauft

Sak. Sindlinger, Maurer

Wögingen.

2535

Ragold.

**Bruthenne**

mit 11 Küken

hat zu verkaufen

**Martin Mafer.**

2535

